

DATENSCHUTZERKLÄRUNG FÜR UNSERE KUNDEN

– Informationen nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) –

Sehr geehrte Kundinnen und Kunden,

wir informieren hier über die Verarbeitung personenbezogener Daten und bestehende Rechte gemäß der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) im Rahmen einer Geschäftsbeziehung.

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich?

Verantwortliche Stelle ist:

Küstenperle Strandhotel & Spa

Kahlke-Schneider GmbH & Co. KG

Geschäftsführende Gesellschafter/in Andrea Kahlke, Isa Schneider, David Schneider

Dithmarscher Straße 39

25761 Büsum

Telefon: +49 4834 96211 0

E-Mail: info@hotel-kuestenperle.de

Bei Fragen zum Datenschutz sind wir erreichbar unter:

E-Mail: ds@datensicherheit-nord.de

2. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung erhalten. Zudem verarbeiten wir personenbezogene Daten, die wir von anderen Unternehmen oder Behörden zulässigerweise erhalten haben. Relevante Daten umfassen Personalien, Auftragsdaten, Daten aus der Vertragserfüllung, Legimitationsdaten, Gesundheitsdaten (z. B. Allergien, Einschränkungen), finanzielle Informationen sowie Informationen über die Nutzung unserer Telemedien.

3. Für welche Zwecke und auf welcher Rechtsgrundlage verarbeiten wir personenbezogene Daten?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

3.1. Aufgrund einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 a DSGVO)

Sofern eine Einwilligung zur Datenverarbeitung vorliegt, ist die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung für diesen spezifischen Zweck gegeben.

3.2. Zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten (Art. 6 Abs. 1 b DSGVO)

Die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 4 Abs. 2 DSGVO) erfolgt zur Bereitstellung und Vermittlung von Dienstleistungen, zur Durchführung von Verträgen und zur Ausführung von Aufträgen. Dies umfasst die Beauftragung Dritter zur Vertragserfüllung.

3.3. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben (Art. 6 Abs. 1 c DSGVO) oder im öffentlichen Interesse (Art. 6 Abs. 1 e DSGVO)

Zudem unterliegen wir als Unternehmen diversen rechtlichen Verpflichtungen, das heißt gesetzlichen Anforderungen (z. B. Steuergesetze). Zu den Zwecken der Verarbeitung gehören unter anderem die Erfüllung steuerrechtlicher Kontroll- und Meldepflichten, aber auch Meldungen an andere Behörden, die sich aus der Art und dem Inhalt des Vertrages zwischen uns ergeben.

3.4. Im Rahmen der Interessenabwägung (Art. 6 Abs. 1 f DSGVO)

Soweit erforderlich, erfolgt die Verarbeitung personenbezogener Daten zur Wahrung berechtigter Interessen. Beispiele dafür sind die Geschäftssteuerung, Direktwerbung, Sicherstellung der IT-Sicherheit, Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten, Aufklärung von Straftaten und Konsultation von Auskunftsteilen zur Bonitätsprüfung.

4. Wer bekommt die Daten?

Innerhalb des Unternehmens erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf die Daten, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten brauchen.

Eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art. 28 DSGVO) können ebenfalls personenbezogene Daten erhalten. Datenweitergabe erfolgt ausschließlich, wenn gesetzliche Vorschriften dies erfordern, eine Einwilligung vorliegt oder eine Berechtigung zur Auskunftserteilung besteht. Mögliche Empfänger personenbezogener Daten sind u. a. Finanzinstitute, externe Berater, IT-Dienstleister und Behörden.

5. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Übermittlung in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) erfolgt nur, wenn dies zur Vertragserfüllung erforderlich ist, gesetzlich vorgeschrieben ist oder eine Einwilligung vorliegt. Datenübermittlungen in Drittstaaten finden ausschließlich statt, wenn ein angemessenes Datenschutzniveau besteht oder andere Datenschutzgarantien, wie Standardvertragsklauseln, vorliegen.

6. Besteht eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung müssen nur diejenigen personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Begründung, Durchführung und Beendigung einer Geschäftsbeziehung erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten werden wir in der Regel den Abschluss des Vertrages oder die Ausführung des Auftrages ablehnen müssen oder einen bestehenden Vertrag nicht mehr durchführen können und ggf. beenden müssen.

7. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?

Zur Begründung und Durchführung der Geschäftsbeziehung nutzen wir grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir hierüber gesondert informieren, sofern dies gesetzlich vorgegeben ist.

8. Inwieweit werden die Daten für die Profilbildung (Scoring) genutzt?

Wir verarbeiten die Daten nicht automatisiert mit dem Ziel, bestimmte persönliche Aspekte zu bewerten (Profiling).

9. Wie lange werden die Daten gespeichert?

Personenbezogene Daten werden grundsätzlich für die Dauer der Geschäftsbeziehung verarbeitet und gespeichert, was auch die Anbahnung und Abwicklung eines Vertrages einschließt.

Darüber hinaus bestehen gesetzliche Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, insbesondere gemäß dem Handelsgesetzbuch (HGB), der Abgabenordnung (AO) und dem Steuerrecht. Die in diesen Gesetzen festgelegten Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen in der Regel zwischen zwei und zehn Jahren.

Zusätzlich richtet sich die Speicherdauer nach den gesetzlichen Verjährungsfristen, die gemäß §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) in der Regel drei Jahre betragen, in bestimmten Fällen jedoch auch länger sein können.

10. Welche Rechte haben Betroffene?

Im Rahmen der DSGVO bestehen folgende Datenschutzrechte:

- **Auskunft** über die gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO).
- **Berichtigung** unrichtiger personenbezogener Daten (Art. 16 DSGVO).
- **Löschung** gespeicherter Daten (Art. 17 DSGVO).
Das Recht auf **Löschung** ist eingeschränkt, sofern die Verarbeitung erforderlich ist:
 - zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem wir unterliegen, erfordert;
 - zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
- **Einschränkung** der Datenverarbeitung, sofern Daten aufgrund gesetzlicher Pflichten noch nicht gelöscht werden dürfen (Art. 18 DSGVO).
- **WIDERSPRUCH gegen die Verarbeitung der Daten (Art. 21 DSGVO).**
- **Datenübertragbarkeit**, sofern in die Datenverarbeitung eingewilligt wurde oder ein Vertrag abgeschlossen wurde (Art. 20 DSGVO).
- **Einwilligungen** zur Verarbeitung, die erteilt wurden, können jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.
- **Beschwerderecht** bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO i. V. m. § 19 BDSG).

Die Aufsichtsbehörde in Schleswig-Holstein ist

Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz (ULD)
Holstenstraße 98
24103 Kiel
Telefon: 0431 988 1200

Fax: 0431 988 1223
mail@datenschutzzentrum.de
www.datenschutzzentrum.de

Information über das Widerspruchsrecht

nach Art. 21 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Ein Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten ist jederzeit möglich, wenn die Verarbeitung auf Art. 6 Abs. 1 e DSGVO (Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse) oder Art. 6 Abs. 1 f DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) basiert. Im Falle eines Widerspruchs erfolgt keine weitere Verarbeitung, es sei denn, es bestehen zwingende Gründe dafür.

Der Widerspruch kann in Textform per E-Mail oder Post an die oben genannte Adresse erfolgen.